

Panorama v. 05.10.2023

AfD: Verbieten, bevor es zu spät ist?

Anmoderation

Anja Reschke:

„Nie mehr Faschismus – Wehret den Anfängen – dieser Apell hallt seit über 70 Jahren im deutschen Gewissen. Dass unsere Meinungsfreiheit eingeschränkt ist - man darf etwa den Holocaust nicht öffentlich leugnen oder den Hitlergruß zeigen, dass es in unserem Grundgesetz die Möglichkeit gibt, Parteien zu verbieten, all das hat mit der NS-Zeit zu tun. Die Gründerväter haben sich Mühe gegeben, Deutschland abzusichern. Denn Menschen mit rechtsextremen Einstellungen gab es immer in der deutschen Gesellschaft und gibt es - bis heute. Die Frage ist nur, gelingt es ihnen, sich zu mobilisieren, zu organisieren. Lange gelang das nicht. Und nun ist da die AfD – in mindestens vier Ländern nach Umfragen stärkste Kraft. Eine vom Bundesverfassungsschutz als rechtsextremistischer Verdachtsfall eingestufte Partei. Ob man diese Partei verbieten kann, darf, soll – darüber wird viel diskutiert. Viel wichtiger ist doch: Was bringt das? Sebastian Friedrich und Nils Schniederjann.“

AfD-Stammtisch im Bierkeller in Neustrelitz. Die Stimmung ist angesichts der Umfragewerte gut. Der Spitzenkandidat für die Europawahl ist gekommen. Doch selbst hier ist ein mögliches AfD-Verbot Thema. Das hält man natürlich für völlig unrealistisch.

O-Ton

Frank Herrmann,

AfD Mecklenburgische Seenplatte:

„Es gibt keinen rechtlichen Anlass und auch keine rechtliche Handhabe, die AfD zu verbieten, es gibt einfach nichts, woran man uns festnageln kann.“

O-Töne

Panorama: „Was würden Sie morgen machen, wenn die Partei heute verboten werden würde?“

Christian Czollek, AfD Mecklenburgische Seenplatte: „Also ich glaube nicht daran, dass die Partei verboten wird. Das glaube ich nicht. Anderswertig muss ich aber ganz ehrlich sagen, woher wollen Sie die Begründung nehmen, im Endeffekt das durchzusetzen? Also, sehe ich nicht.“

Er will die AfD verbieten lassen. Marco Wanderwitz war bis vor zwei Jahren Ostbeauftragter der Bundesregierung, heute sitzt er im Bundestag. Die AfD müsse zwar politisch bekämpft werden,

O-Ton

Marco Wanderwitz,

CDU-Bundestagsabgeordneter:

„...Aber ich bin mittlerweile auch der festen Überzeugung, dass ein Verbotsverfahren, was ja unser Grundgesetz konstituiert, geboten ist. Ganz einfach, weil sie unsere Demokratie massiv von innen gefährden kann.“

Auch der Politikwissenschaftler Claus Leggewie ist ein Gegner der AfD. Doch ein Verbot hält er für wirkungslos.

O-Ton

Prof. Claus Leggewie,

Justus-Liebig-Universität Gießen:

„Das ist eine Kontrollvorstellung, die nicht gelingen wird. Gesellschaften funktionieren nicht so, Politik funktioniert auch nicht so, dass man gewissermaßen etwas unter Kontrolle stellt, indem man es verbietet. Verbote sind magisches Denken, symbolische Politik.“

Würde ein Verbot also nichts ändern? Offen ist, ob ein Verbot demokratisch legitim wäre und ob das Bundesverfassungsgericht überhaupt gegen die AfD entscheiden würde. Aber selbst, wenn: Bringt ein AfD-Verbot überhaupt etwas? Beim Stammtisch in Neustrelitz hören wir immer wieder drei Argumente, warum ein Verbot eh nichts ändern würde: *„Bei einem Verbot gründen AfD-Mitglieder einfach eine neue Partei.“*

O-Ton

Maximilian Krahl,

AfD-Spitzenkandidat Europawahl:

„Wir haben nach allen Umfragen über 20 % der Bevölkerung, die eine Politik von rechts wollen. Wenn man jetzt Partei von rechts verbietet, dann gibt es eine neue Partei von rechts mit anderem Namen, vielleicht anderen Führungspersonen.“

Ein Blick in die Geschichte zeigt: So einfach ist das nicht mit einer Neugründung. Zwei Parteiverbote gab es in der Bundesrepublik bereits. 1952 die SRP, die rechtsextreme Sozialistische Reichspartei. 1956 wurde dann die KPD verboten. Beide Parteien wurden durch die Verbote empfindlich getroffen. Die Gründung von Nachfolgeorganisationen ist bei einem Verbot untersagt. Es dauerte jeweils zwölf Jahre, bis sich Rechtsextremisten in der NPD sammelten und sich Kommunisten in der DKP organisiert hatten. Wanderwitz gibt zu bedenken: Auch heute wäre die Gründung einer direkten Nachfolgeorganisation verboten. Und auch eine Art inoffizielle Nachfolgepartei zu gründen, sei verdammt schwierig.

O-Ton

Marco Wanderwitz,

CDU-Bundestagsabgeordneter:

„Wer sich schon mal in einer Partei, einem Verein oder NGO organisiert hat, weiß, dass diese Struktur nicht so eben aufgebaut ist. Und in dem Moment, wo du keine mehr hast, bist du eben wieder bei Null.“

Die Anhänger hätten also erstmal keine Zufluchtsstätte mehr. Partei-Stammtische wie dieser hier wären untersagt. Aber es gibt noch ein Argument gegen ein Verbot: *„AfD-Anhänger könnten sich bei einem Verbot radikalisieren.“*

O-Ton

Prof. Claus Leggewie,

Justus-Liebig-Universität Gießen:

„Eine legale rechte Partei bindet Potenziale, die sich ansonsten in Gewaltakten entladen könnte. Ich denke, dass gewissermaßen das Verbot einer solchen Partei die Wut derer, die man so als Reichsbürgerszene bezeichnet, steigern könnte und dass dann tatsächlich der Putschismus, die Angriffe auf Flüchtlingsheime und dergleichen noch zunehmen.“

Eine reale Gefahr? Was wird im Falle eines Verbots aus denjenigen, die jahrelang alle Hoffnungen auf die AfD gesetzt haben? Hier in Neustrelitz will niemand in den Untergrund gehen, aber bei anderen will man das nicht ausschließen.

O-Töne

Ken Schlieker, Bauunternehmer: „Wenn die AfD verboten werden würde, glaube ich, würden vielleicht auch viele in den Untergrund gehen und dann werden sie für den Staat noch schwerer greifbar die Leute, wie bei auch, ich sag mal, irgendwelchen Rockervereinigungen und so weiter, Bandidos-Verbot, Hells Angels-Verbot und so weiter und so fort.“

Panorama: „Also Sie befürchten, dass ein Verbot zu einer Radikalisierung der Anhängerschaft führen könnte?“

Ken Schlieker: „Könnte ich mir vorstellen, zumindest in Teilen der Anhängerschaft. Ja.“

O-Ton

Marco Wanderwitz,
CDU-Bundestagsabgeordneter:

„Aber das kann ja nicht der Grund dafür sein, dann Abstand von einem Verbotsverfahren zu nehmen, um sozusagen die Wahrscheinlichkeit zu erhöhen, dass sich 5/10/15/20 Leute nicht so sehr radikalieren, wie sie sich radikalieren könnten, wenn sie einmal die Woche die Chance haben, zum AfD Stammtisch zu gehen. Wir haben es mit einer ernsthaft die Demokratie, unsere freiheitlich demokratische Grundordnung und Staatlichkeit als Ganzes gefährdenden Partei zu tun. Und diese Gefahr ist viel größer als die Radikalisierung und potenzielle Gewalttätigkeit von einzelnen Personen. Wenn ich das abwäge, gegeneinander, bringt mich das auch nicht zu einem anderen Ergebnis.“

„Ein Verbot ändert nichts an den Einstellungen der AfD-Anhänger“

O-Ton

Prof. Claus Leggewie,
Politikwissenschaftler:

„Das Phänomen, worum es eigentlich geht, nämlich die Einstellungen, Haltungen, politischen Positionen von einem beachtlichen Teil der Gesellschaft - das sind möglicherweise 10, 15 Prozent nach durchaus validen sozialwissenschaftlichen Umfragen. Dieses Potenzial ist nicht weg.“

Wanderwitz widerspricht nicht. Aber: ein Verbot zielt gar nicht auf die Einstellungen, sondern auf das mächtige Instrument der Organisation.

O-Ton

Marco Wanderwitz,
CDU-Bundestagsabgeordneter:

„Insofern dürfen diese Leute natürlich genauso rechtsradikal sein wie an dem Tag vor dem Verbot. Der einzige Unterschied ist, ist ihnen das Instrument, mit dem sie aus ihrem rechtsradikal sein heraus ernsthaft unsere Demokratie potenziell kaputt machen können, genommen worden.“

Wanderwitz Kernargument für ein Verbot: Jahrelang waren Rechtsradikale zersplittert in zahlreichen Kleinstgruppen aktiv. Immer schon sehnten sie sich nach einer mächtigen rechten Einheitspartei. Jetzt meinen viele, diese gefunden zu haben: in der AfD.

O-Ton

„Rechter“:

„Wir können uns doch nur dadurch abgrenzen, wenn wir nicht mehr sagen, wir sind konservativ oder wir sind bürgerlich, sondern wenn wir sagen, wir sind rechts und wir stehen auch dazu, weil es in Ordnung ist.“

Die AfD - eine Sammlungspartei für alle Rechten. Selbst jemand wie er, hört aufmerksam zu: Christian Worch. Einer der am längsten aktiven Neonazis Deutschlands. Worch kennt sich mit Verboten aus. Einst war er aktiv bei der Aktionsfront Nationale Sozialisten (ANS). Die wurde verboten. Dann baute er von Neuem die neonazistische FAP auf. Auch die wurde verboten. Das gleiche Spiel bei der Nationalen Liste (NL): Neugründung, Verbot. Eine einheitliche Sammlungsbewegung wurde so jahrelang unterbunden. Auch wegen dieser Zersplitterung konnten alte und neue Nazis nach 1945 die Massen nicht erreichen. Die AfD hat es offenbar erstmals geschafft, eine längerfristige Struktur für alle Rechtsradikalen in Deutschland zu etablieren.

O-Ton

Marco Wanderwitz,

CDU-Bundestagsabgeordneter:

„Die rechtsradikale Bewegung war ja über viele Jahre sehr zersplittert. Es gab die NPD, es gab die DVU, vorweg gab es mal die Republikaner, es gibt beispielsweise noch den Dritten Weg und wie sie alle heißen. Nur das einende, wärmende Lagerfeuer der AfD ist mittlerweile so dominant, dass nahezu alles gebunden wird, was in diesem politischen Spektrum vorhanden ist. Und dieses Lagerfeuer müssen wir halt mal austreten.“

Doch so leicht wird das nicht sein. Denn die AfD hat Parteienstatus erlangt – anders als die vielen verbotenen Organisationen von Christian Worch. Die galten nur als Vereine, waren leicht zu verbieten. Deshalb ist Worch zuversichtlich. Er hält die Diskussion um ein AfD-Verbot für vollkommen abwegig.

O-Töne

Panorama: „Warum sind Sie sich so sicher, dass das nicht kommen wird?“

Christian Worch, Neonazi: „Weil ich mich damit auskenne. Ich beschäftige mich seit 45 Jahren mit Parteienrecht. Und jetzt noch einen schönen Abend und vielen Dank fürs Gespräch.“

Ob ein AfD-Verbot vor Gericht durchkäme, ist in der Tat offen. Doch viel spricht dafür, dass es die rechtsradikale Sammlung in Deutschland um Jahre zurückwerfen würde.

Beitrag: Sebastian Friedrich, Nils Schniederjann

Kamera: Alex Grantl, Alexander Rott, Rafi Zukran

Schnitt: Ben Jakobs